

# Bestehendes Positionspapier

## einreichen

Initiator\*Innen:

BuFaK Rat (BuFaK Rat)

**Titel:**

**Reformierung des Bildungsföderalismus und  
Auflockerung des Kooperationsverbots**

---

### Antragstext

234 Die BuFaK WiWi begrüßt die Bestrebungen der Bundesregierung, eine Reformierung  
235 des Bildungsföderalismus in Angriff zu nehmen. Eine Lockerung des  
236 Kooperationsverbots ist ein lange überfälliger Schritt, um Bildung in  
237 Deutschland zu fördern und eine führende Position im internationalen Vergleich  
238 einzunehmen und zu behaupten. Die BuFaK WiWi ist der Meinung, dass eine  
239 Zusammenarbeit von Bund und Ländern dabei nicht nur auf die Investition des  
240 Bundes in die Sanierung von maroden Gebäuden und Infrastruktur beschränkt sein  
241 sollte. Vielmehr muss es zur dauerhaften Aufgabe der Bundesregierung werden,  
242 nationale Bildungsstandards zu schaffen und die Chancengleichheit im deutschen  
243 Hochschulsystem zu garantieren. Dafür ist aus Sicht der BuFaK WiWi eine  
244 nationale Strategie zur Verbesserung der Bildung in Deutschland (von der  
245 frühkindlichen Förderung bis hin zur nebenberuflichen Weiterbildung im Sinne des  
246 lebenslangen Lernens) notwendig, an deren Umsetzung Bund und Länder gemeinsam  
247 arbeiten. Investitionen in die Allgemeinheit des Personals, Fortbildung und  
248 Inventar (Zukunftstechnologien/digitales Lernen) über die Instandhaltung der  
249 Immobilien hinaus müssen ermöglicht werden. Fortschrittliche Bildungsstandorte  
250 dürfen dabei jedoch nicht benachteiligt werden. Es kann weiterhin nicht  
251 zielführend sein, dass die finanzielle Situation einer Hochschule von der  
252 wirtschaftlichen Stärke eines Bundeslandes abhängig ist. Eine solide  
253 Grundfinanzierung muss davon unabhängig sichergestellt werden. Eine vollständige  
254 Abschaffung des Kooperationsverbots ist auf Grund der historischen Gründe, wegen  
255 denen es eingeführt wurde, nicht anzustreben, um die Souveränität der Länder in  
256 Bildungsangelegenheiten zu wahren und eine zu starke inhaltliche Einflussnahme  
257 des Bundes zu verhindern. Deutschland sollte das gemeinsame Ziel verfolgen, ein  
258 weltweit führender Bildungsstandort zu sein und sich in der internationalen  
259 Konkurrenz mit Staaten wie China, USA, Indien oder dem Rest der EU sehen und

260 nicht auf Grund von internen Unstimmigkeiten das eigene Potenzial unausgeschöpft  
261 lassen und die Entwicklung bremsen. Ein weiterer begrüßenswerter Effekt ist die  
262 Verbesserung der Chancengleichheit von Schüler:innen und Studierenden  
263 unterschiedlicher Bundesländer sowie die Vergleichbarkeit der Lehre.

## **Begründung**

Turnusmäßige Bestätigung